



**Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**  
Gertraudenstraße 20 - 10178 Berlin

Frau Verena Hubertz  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Dr. Oliver Möllenstädt**  
Hauptgeschäftsführer

**Kontakt**  
Tel. +49 (0) 30 3971 2230  
o.moellenstaedt@gkv.de

**Seite**  
1 von 1

**Datum**  
11.04.2024

## Bürokratieentlastung

Sehr geehrte Frau Hubertz,

mit Interesse habe ich Ihren Diskussionsbeitrag beim Podiumsgespräch anlässlich der diesjährigen Wirtschaftskonferenz des Wirtschaftsforums der SPD wahrgenommen. Die Entlastung der Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen, von unnötiger Bürokratie ist dringend geboten und eine wichtige Voraussetzung für neues Wirtschaftswachstum in Deutschland.

Die Kunststoff verarbeitende Industrie ist mit einem Jahresumsatz von etwa 72,5 Mrd. Euro und mehr als 300.00 Beschäftigten in über 3.000 Betrieben einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in Deutschland. Die vorwiegend mittelständisch geprägte Branche zeichnet sich durch hohe Innovationskraft und eine vielfältige Produktpalette aus. Kunststoffe werden zu Verpackungen, Baubedarfsartikeln, technischen Teilen, Halbzeugen, Konsumwaren und vielen anderen Produkten verarbeitet.

Aus unserer Mitgliedschaft wurden insbesondere folgende Probleme und Ansatzpunkte für eine Entlastung von Bürokratie identifiziert: Als besonders schleppend wird die Erteilung von Baugenehmigungen empfunden. Wir sind uns bewusst, dass der Bund hier nur begrenzt Einfluss nehmen kann. Gleichwohl wirken langwierige Genehmigungsprozesse hemmend auf Investitionsentscheidungen und Wachstum in den Unternehmen. Die im Rahmen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes ausgelösten Berichtspflichten führen zu einem enormen zusätzlichen Aufwand auch bei lediglich mittelbar betroffenen kleinen und mittelständischen Unternehmen entlang der Wertschöpfungsketten, auch wenn sie ausschließlich in Deutschland

### Die GKV -Trägerverbände:



Industrievereinigung  
Verstärkte Kunststoffe e. V.



Fachverband Schaumkunststoffe  
und Polyurethane e. V.



IK Industrievereinigung  
Kunststoffverpackungen e. V.



Industrieverband langlebige  
Kunststoffprodukte und  
Mehrwegsysteme e.V.

produzieren und sich innerhalb der EU mit Vorprodukten versorgen. Einen Mehrwert im Sinne der Ziele des Gesetzes können wir aus den bestehenden Informationsverpflichtungen in der Praxis nicht erkennen. Zusätzlicher Verwaltungsaufwand entsteht vielen Unternehmen zudem durch die Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung. Letzteres ist besonders ärgerlich, da die erwünschte Dividende der Digitalisierung aufgrund der notwendigen Schnittstellen zu den verschiedenen Krankenkassen aus Sicht der Arbeitgeber ins Gegenteil verkehrt wird.

Weiterhin möchten wir anregen, auch die Ebene der Europäischen Union stärker als bisher in die Aktivitäten Deutschlands zur Bürokratieentlastung einzubeziehen. Ein erheblicher Teil des Zuwachses neuer Rechtsnormen zählt zum Normenbestand des europäischen Rechts oder ist auf europäisches Recht zurückzuführen. Problematisch ist u.E., dass die Europäische Kommission bisher keinerlei Bemühungen zeigt, zur Bürokratieentlastung der Wirtschaft beizutragen. Die in der neuen EU-Verpackungsverordnung (PPWR) enthaltenen Rechtsvorschriften sind um ein Vielfaches zahlreicher und inhaltlich wesentlich komplexer als noch vor wenigen Jahren. Hinzu kommen umfangreiche Anlagen, die den eigentlichen Verordnungstext ergänzen sowie Verordnungsermächtigungen für Delegierte Rechtsakte der Europäischen Kommission, die zu weiteren Vorschriften führen. Ein extremer Zuwachs des Umfangs von EU-Rechtsnormen kommt absehbar durch die neuen Verordnungen für Bauprodukte und Altfahrzeuge auf die Industrie zu. Zudem plant die Europäische Kommission eine Verordnung über den Einsatz von Kunststoffgranulaten, die für eine große Zahl unserer Branchenunternehmen zusätzliche Berichtspflichten gegenüber öffentlichen Stellen mit sich bringen würde, die kaum mehr von den Unternehmen zu bewältigen sind. Auch erscheint uns fraglich, ob ein Vollzug der vielfältigen neuen Detailvorschriften durch die Behörden des Bundes, der Länder und Gemeinden sichergestellt werden kann.

Wir möchten Sie ausdrücklich ermutigen, stärker als bisher auf eine konsequente Bürokratieentlastung der Wirtschaft hinzuwirken und bürokratische Exzesse bereits bei deren Entstehung zu verhindern. Für Ihr Engagement in dieser Sache danken wir Ihnen bereits vorab.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Oliver Möllenstädt  
Hauptgeschäftsführer